



Die freiwilligen Anstrengungen hätten nicht genügt, sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga bei der gestrigen Pressekonferenz. Foto: Thomas Delley (Keystone)

Männer für Lohnungleichheit

Der Bundesrat will, dass Firmen gegen die Lohndiskriminierung von Frauen vorgehen. Die bürgerlichen Frauen sind ob der Vorlage gespalten. Unterstützung erhalten die Befürworter von einer Männergruppe.

Camilla Alabor und Claudia Blumer

Justizministerin Simonetta Sommaruga hat sich im Bundesrat durchgesetzt: Um die Lohndiskriminierung von Frauen zu bekämpfen, sollen Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern alle vier Jahre eine Lohnanalyse machen lassen. Diese soll durch eine unabhängige Stelle überprüft werden; danach muss die Firma die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Ergebnis informieren.

Den Entscheid des Bundesrats begründete Simonetta Sommaruga gestern vor den Medien auch mit einer Zahl: 7000 Franken. Das ist die Summe, die Frauen pro Jahr weniger verdienen und die sich allein durch das Geschlecht erklären lasse.

Die freiwilligen Anstrengungen zum Ende der Lohndiskriminierung hätten nicht genügt, sagte die Justizministerin mit Verweis auf den Lohngleichheitsdia-

log. Damit hatte der Bundesrat zwischen 2009 und 2014 versucht, Verbesserungen bei der Lohnungleichheit zu erreichen - mit bescheidenem Erfolg: Gerade einmal 51 Unternehmen hatten am freiwilligen Dialog teilgenommen.

Von den angestrebten Massnahmen wären laut Bundesrat lediglich 2 Prozent aller Firmen betroffen, die aber 54 Prozent aller Beschäftigten stellen. Die Kritik an der Vorlage versuchte Sommaruga auch dadurch zu besänftigen, dass sie diese leicht anpasste: Einerseits müssen Unternehmen die Lohnanalyse nicht mehr zwingend an eine externe Firma auslagern. Sie können auch Arbeitnehmervertreter innerhalb der Firma damit beauftragen. Andererseits soll es keine gesetzlichen Sanktionen für säumige Firmen geben. «Der Bundesrat setzt auf die Eigenverantwortung der Arbeitgeber», sagte Sommaruga.

Grosser Widerstand

Dennoch wird im Parlament der Widerstand gross sein: SVP, FDP und CVP hatten sich in der Vernehmlassung gegen eine «Lohnpolizei» ausgesprochen; auch eine Mehrheit der Kantone lehnt die Lohnanalysen ab. Die Gegner kritisieren einen «massiven Eingriff des Staates in die Lohnpolitik der Unternehmen» und einen «administrativen Aufwand ohne messbaren Gegenwert».

Allerdings ist die bürgerliche Front nicht ganz so geschlossen, wie es auf den ersten Blick aussieht: Einerseits begrüssen die CVP- und FDP-Frauensektionen die Vorlage. Andererseits gibt es auch bei den bürgerlichen Männern einzelne Exponenten, die sich für die Lohnanalysen aussprechen - und gar eine parteiübergreifende Männergruppe, die sich die Lohnungleichheit auf die Fahnen geschrieben hat. Letztere besteht aus den



Nationalräten Hugues Hiltbold (FDP), Martin Landolt (BDP), Christian Lohr (CVP), Beat Flach (GLP), Mathias Reynard (SP) und Jonas Fricker (Grüne). Martin Landolt von der BDP findet, die Vorlage sei zwar erst ein Anfang, aber: «Besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.» CVP-Politiker Christian Lohr ergänzt: «Die letzten Jahre haben gezeigt, dass für das Erreichen der Lohngleichheit schöne Worte nicht ausreichen.»

Skeptische FDP-Frauen

Nicht in der Männergruppe für Lohngleichheit ist FDP-Nationalrat Philippe Nantermod, der dafür Mitglied der FDP-Frauen ist. Der Walliser unterstützt die Vorlage «voll und ganz». Als Liberaler sei er froh, dass sie keinen Zwang beinhalte. «Ich bin mir sicher, dass sie durch Sensibilisierung ihre Wirkung trotzdem erzielt.» Vielleicht sei er auch deswegen für die Lohngleichheit sensibilisiert, weil er aus einem Kanton komme, «der bezüglich Gleichstellung sehr stark im Rückstand ist», sagt Nantermod.

Derweil sind sich die bürgerlichen Frauen alles andere als einig, ob die Vorlage zu unterstützen sei. Während sich die FDP-Frauensektion dafür ausgesprochen hatte, will die neue Präsidentin Doris Fiala die angepasste Version des Bun-

desrats selbst nochmals genau unter die Lupe nehmen. Grundsätzlich seien interne Lohnanalysen für grosse Unternehmen sinnvoll und richtig, sagt Fiala. «Bürokratische Übertreibungen» würden die FDP-Frauen jedoch nicht als zielführend erachten.

Auch in der CVP sind die Parlamentarierinnen skeptischer als ihre Frauensektion. Sie sei «kein Fan von zusätzlichen Regulierungen», sagt Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Die Firmen unternähmen bereits einiges, um Lohnungleichheit zu bekämpfen. Sie setze auf die Sensibilisierung der Firmen und darauf, dass diese bei solchen Analysen freiwillig mitmachten. Dagegen hält ihre Parteikollegin Barbara Schmid-Federer den Vorschlag des Bundesrats für die Minimalvariante. «Freiwillige Massnahmen haben ausser Verzögerungen nichts gebracht», sagt die Nationalrätin. «Heute haben Frauen bei Diskriminierung nur die Möglichkeit, eine Lohnklage gegen ihren Arbeitgeber einzureichen. Damit schädigen sie ihre Karrierechancen.»

Weil in der SVP dem Vernehmen nach auch die Frauen die Vorlage geschlossen ablehnen, hängt nun viel von den FDP-Politikerinnen ab: Lehnen sie die Vorlage ebenfalls ab, tendieren die Chancen für ein Ja gegen null - männlicher Support hin oder her.



Christian Lohr
CVP-Nationalrat



Philippe Nantermod
FDP-Nationalrat



Martin Landolt
BDP-Nationalrat